

KAPITEL I

Wo stehen wir, wo wollen wir hin? Demokratische Beteiligung in der Bürgergesellschaft

Reinhard Loske

Ökologische Verantwortung in der Bürgergesellschaft jenseits von »Obrigkeitsstaat« und »Participation Overkill«¹

Projekte wie Rohstoffabbau, Kraftwerke, Windparks, Stromtrassen, Verkehrswege, Flughäfen, Abfalldeponien, Staudämme, Baugebiete, Tiermastanlagen und Industrieansiedlungen sind im Regelfall mit mehr oder minder erheblichen Eingriffen in den Naturhaushalt sowie in gewachsene Siedlungs- und Landschaftsstrukturen verbunden. Solche Eingriffe rufen Widerstände hervor: von betroffenen Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen, aber auch von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden.²

Protest und Widerstand sind dabei keine neuen Phänomene, sondern eine weltweite und nahezu zeitlose Begleiterscheinung des Industrialisierungsprozesses und der Herausbildung moderner Gesellschaften.³ Die Formen des Protestes gegen als umweltzerstörend empfundene Entwicklungspfade sind aber in Raum und Zeit ständigen Veränderungen unterworfen, wobei zwei simple Zusammenhänge gelten dürften: Informationsfreiheit und ein selbstbewusstes Bürgertum erleichtern qualifizierten Widerstand gegen Umwelteingriffe und befördern die Entwicklung von Alternativen; Geheimhaltung und autoritäre Strukturen erschweren sie. Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und ein Gefühl von »Beheimatung« erhöhen die Bereitschaft zum Umweltengagement, mangelnde Perspektiven und mangelnde Integration in die Gesellschaft führen eher zur Gleichgültigkeit gegenüber Umweltproblemen und der Politik allgemein.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Entwicklung in Deutschland, so lässt sich mit triftigen Gründen argumentieren, dass das Umweltbewusstsein und das Umweltwissen großer Teile der Bevölkerung und das Erstarken von Umweltbewegung, Umweltforschung und Umweltpolitik hierzulande so manche Fehlentwicklung verhindert haben. Hätte sich die Energiepolitik etwa an den Energieverbrauchsprognosen der Energiewirtschaft und ihrer Experten orientiert, wäre es zu gigantischen Fehlinvestitionen und Überkapazitäten gekommen. Deren Erwartungen lagen immer deutlich zu hoch.⁴ Die Energiewirtschaft müsste dem Bürgerprotest gegen

Atom- oder Kohlekraftwerke also eigentlich dankbar sein. Gleiches gilt für die Abfallwirtschaft und die Abfallpolitik, die noch in den 90er-Jahren das ganze Land mit Dutzenden von Müllverbrennungsanlagen überziehen wollten, was einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft fundamental im Wege gestanden hätte. Auch hier also: Widerstand, in diesem Fall gegen die Wegwerf(un)kultur und befürchtete Schadstoffemissionen, hat Fehlentwicklungen verhindert, die uns teuer zu stehen gekommen wären.

In anderen Bereichen, wo vermeintliche Wirtschaftsförderung weitgehend ungestört den eigenen expansiven Planungen folgen konnte, weil das Augenmerk der kritischen Öffentlichkeit nicht auf ihnen ruhte, etwa bei der Ausweisung riesiger Gewerbegebiete in den neuen Bundesländern oder dem überdimensionierten Ausbau von Bundesfernstraßen ebendort, wurden kostspielige Irrwege beschritten. Im Durchschnitt lässt sich also mit Blick auf die letzten Jahrzehnte feststellen, dass Bürgerprotest und die Entwicklung von Alternativen im Ergebnis viele Planungen umgestoßen oder zumindest verbessert haben, was nicht nur gut für die Umweltsituation, sondern oft auch gut für die öffentlichen Haushalte war.

Ökologische Politik im Wandel: vom »Dagegen« zum »Dafür«

Solange sich Bürgerprotest vor allem abwehrend gegen Industrieanlagen, Rohstoffabbau, Autobahnen, Atomkraftwerke und Müllverbrennungsanlagen richtete, war es weit verbreitet, ihn als fortschritts-, wirtschafts- und arbeitsplatzfeindlich zu brandmarken. Auch heute wird dies noch regelmäßig versucht. »Nein danke!«, jene Parole der 70er- und frühen 80er-Jahre, war für die Umweltbewegung zwar enorm mobilisierend, trug ihr aber umgekehrt den Vorwurf der Verweigerungshaltung und der falschen Romantik ein. Seit Mitte der 80er-Jahre hat sich der ökologische Diskurs aber allmählich von einem primär abwehrenden (»So nicht!«) zu einem »Gestaltungsdiskurs« (»So sollte es sein!«) gewandelt. Aus dem Bereich der Umweltforschung und der Umweltbewegung kamen jetzt zunehmend fundierte Konzepte für einen ökologischen Strukturwandel: für die Energiewende,⁵ die Landbauwende,⁶ die Verkehrswende,⁷ die Wasserwende,⁸ die Effizienzrevolution,⁹ die emissionsfreie Solarzivilisation,¹⁰ die abfallfreie Kreislaufwirtschaft¹¹ oder die flächenschonende Siedlungspolitik¹². Unter der Überschrift der nachhaltigen oder zukunftsfähigen Entwicklung traten diese Ideen seit den 90er-Jahren national wie international eine bemerkenswerte Karriere an.¹³

Und in Bezug auf die »ökologische Modernisierung« wird von den Umweltprotagonisten sogar mit zunehmender Plausibilität argumentiert, konsequenter Umweltschutz verbessere nicht nur die Lebensqualität, sondern schaffe auch Arbeitsplätze und verbessere die Wettbewerbsposition

der Wirtschaft. Vom Stigma der »Fortschrittsfeindlichkeit« konnte man sich so befreien, wenn auch um den Preis eines Verlustes an visionärer Kraft und einer teilweise technokratischen Anmutung der »Umbau«-Konzepte.¹⁴

Der Übergang der Ökologiedebatte von der bloßen Ablehnung des Falschen zum Aufzeigen von attraktiven Alternativen hat enorme politische und gesellschaftliche Wirkung entfaltet. Dieser ökologische Modernisierungsschub hat Deutschland internationales Ansehen verschafft und wird weltweit von vielen genauestens verfolgt. Das gilt in ganz besonderer Weise für die Energiewende, mit der hierzulande nicht erst nach dem Atomunfall von Fukushima begonnen wurde. Gelingt sie, wird das international Nachahmungseffekte zur Folge haben, scheitert sie, wird das weltweit zu sehr negativen Folgen für die erneuerbaren Energien und den Klimaschutz führen.¹⁵

Bürgerkompetenz als Produktivkraft

Die »Erfolgsgeschichte« des ökologischen Bürgerprotests und der Entwicklung von Alternativen in Deutschland hat aber bislang noch nicht im notwendigen Umfang zu Anpassungen des Planungs- und Verfahrensrechtes und der politischen Routinen geführt. Deren Begrifflichkeit und Methodik ist noch immer im obrigkeitstaatlichen Denken verhaftet. Man muss sich nur den Sprachduktus vergegenwärtigen, um das Unzeitgemäße zu erkennen: Wenn es um geplante Projekte geht, dann legt der Staat (die Planungsunterlagen) aus, hört (Betroffene und Experten) an, wägt (die Einwände) ab und stellt (den endgültigen Plan) fest: Auslegen, anhören, abwägen, feststellen, das klingt nicht wirklich nach Ernstnehmen.

Dem Bürger wird Akteneinsicht »gewährt«, er »wendet ein«, »regt an« – und zu guter Letzt wird ihm eine Feststellung »amtlich mitgeteilt«. Von »Augenhöhe« kann da nicht gesprochen werden. Und hört man sich die Beschleunigungsrhetorik mancher Politikerkollegen an, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als sähen sie im gut informierten und partizipationswilligen Bürger noch immer vor allem einen »Störenfried«, der den reibungslosen Ablauf schnell zu realisierender Projekte nur unnötig aufhält. Dass in China alles viel schneller gehe, die Magnetschwebebahn »Transrapid« in Schanghai etwa nur wenige Jahre Planungs- und Bauzeit benötigt habe, ist ein wirtschaftspolitisch gern bemühtes Argument, wenn wieder einmal Klage über das angeblich übertriebene Beteiligungswesen in Deutschland geführt wird. Darüber, dass dies unter Ausschaltung elementarster Grundrechte erreicht wurde, hört man von den Beschleunigungsfanatikern allerdings wenig bis gar nichts.

Als nächsten ideologischen Kampfplatz haben die Protagonisten der Beschleunigung den Ausbau der Hochspannungsstromnetze ausgemacht,

der für den Abtransport des Offshore-Windstroms von der Nordsee nach Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland unverzüglich zu realisieren sei. So wie die Beschleunigungsgesetze für den Autobahnbau in den neuen Bundesländern zum besseren Verkehrsfluss von Waren und Menschen von West nach Ost und von Ost nach West geführt hätten, so müssten nun die Beschleunigungsgesetze für den Stromnetzausbau zum besseren Fluss von Kilowattstunden aus dem Norden in die Stromverbrauchszentren des Südens führen. Das neue Paradigma lautet: Wer sich dem schnellen Netzausbau in den Weg stellt, der ist ein Feind der Energiewende.

Nun ist es ja durchaus richtig, dass bei der Umstellung unserer Stromversorgung von Kohle und Atomkraft auf Sonne und Wind Tempo gemacht werden muss, wenngleich eine stärker dezentral ausgerichtete Energieversorgung einen großen Teil des von interessierter Seite hochgerechneten Netzausbaus überflüssig machen würde. Aber zu glauben, man könne zügigere Verfahren durch das Reduzieren von Bürgerbeteiligung oder die Abschwächung von Naturschutzzielen erreichen, ist in einer selbst- und umweltbewussten Bürgergesellschaft schon ein wenig realitätsfremd. An dem Ziel, legitime (Beschleunigungs-)Interessen der Energiepolitik und legitime (Qualitäts-)Interessen der betroffenen Menschen so zu verbinden, dass in verantwortbaren Zeiträumen etwas gemeinsam Getragenes dabei herauskommt, führt kein Weg vorbei. Das ist mühevoll, aber möglich.

Was jetzt ansteht, am besten in einer zeitlich befristeten Bund-Länder-Expertenkommission, ist das systematische Anpassen aller relevanten Gesetze an das Leitbild des kundigen Bürgers, der auch bereit ist, sich zu informieren, zu beteiligen und im Rahmen von Verfahren Verantwortung zu übernehmen. Die Zeiten, in denen auf der einen Seite der allwissende Staat mit seiner Autorität und auf der anderen Seite der demütige und ahnungslose Bürger stand, sind endgültig vorbei. Politik und öffentliche Verwaltung sollten den Bürger als Produktivkraft sehen, als etwas Positives, etwas die Planungen potenziell Verbessernendes.

Teil der neuen Diskurs- und Partizipationskultur muss es sein, über wirklich qualifizierte Alternativen entscheiden zu können und nicht in einem oberflächlichen Schlagabtausch von Befürwortern und Gegnern bestimmter Projekte hängen zu bleiben. »Meinungsfreiheit« ist das eine, sie ist die *Conditio sine qua non* aller demokratischen Prozesse. Nicht minder bedeutend ist aber die »Meinungserarbeitungsfreiheit« (Reinhard Ueberhorst), die Zeit und Ressourcen (zur Erarbeitung von alternativen Projekten oder alternativen »Entwicklungspfaden«) und gut gesteuerte Dialogprozesse braucht. Sie erst schafft auf allen Seiten das notwendige Bewusstsein für die Stärken und Schwächen der eigenen Argumente und somit die Grundlagen für wirkliche Wahlfreiheit. Vor allem aber: Die Möglichkeit, über qualifizierte und gut ausgearbeitete Alternativen entscheiden zu können, entzieht

den »schrecklichen Vereinfachern« die Basis. Die von ihnen oft als Herrschaftstechnik bevorzugte Zuspitzung (»Bist du für oder gegen Technik, für oder gegen Fortschritt?«) wirkt angesichts der realen Fragen nur noch peinlich, wo gehaltvoll und konkret am Thema diskutiert wird.¹⁶

Es muss freilich nicht zwingend abgewartet werden, bis alle rechtlichen Anpassungen an das Leitbild der umfassenden Bürgerbeteiligung stattgefunden haben. Vieles geht auch freiwillig, etwa in Form von vorgeschalteten Bürgerforen oder Runden Tischen. Ja, man darf sogar annehmen, dass solch frühe und informelle Teilnehmungsformen letztlich zu einer Beschleunigung der formellen Prozesse führen, weil vieles im Vorfeld bereits geklärt und verändert werden konnte. Ich selbst habe diese Erfahrung als Senator gemacht und kann solche Formate »diskursiver Politik«¹⁷ nur empfehlen.

Diskursive Politik: Partizipation und Verbindlichkeit gehören zusammen

Allerdings, auch eine aus Erfahrung gewonnene Einschätzung, ist vor übertriebener Idealisierung der Bürgerbeteiligung ebenso zu warnen wie vor struktureller Überforderung aller Beteiligten aufseiten des Staates und der Bürgerschaft. Beides würde letztlich zum »Participation Overkill« und damit nur zur Entscheidungsverschleppung führen. Zu warnen ist vor allem vor einer (weiteren) Delegitimierung von Institutionen der repräsentativen Demokratie und einer Schwächung ihrer »Filterwirkung« gegenüber populistischem Unfug und einem Egoismus, der sich gern in Gemeinwohrlhetorik kleidet. Ich bin freilich auch der Meinung, dass das repräsentative System selbst sich wandeln muss und etwa über die Rekrutierung des politischen Personals nachdenken sollte, dem nicht selten die gesellschaftliche Bodenhaftung abhandengekommen ist oder ganz fehlt.

Ich sehe aus ökologischer und demokratischer Perspektive vor allem drei Fallstricke, vor denen zu warnen ist und die bei einem »partizipationsorientierten Mainstreaming« des Planungs- und Verfahrensrechts unbedingt zu berücksichtigen sind, soll es nicht zu allseitigen Frustrationen kommen.

Erstens, es gibt keinen Automatismus, der da lautet: »Je direktdemokratischer ein Entscheidungsprozess ist, desto ökologischer wird er auch ausfallen, je mehr Volksbefragungen, Volksentscheide, Einsichts-, Informations-, Einspruchs- und Petitionsrechte, desto eher setzt sich die ökologische Vernunft durch.«

Man kann eine ganze Menge von Beispielen dafür finden, dass ökologisch Vernünftiges auch gegen den unmittelbaren »Volkswillen« durchgesetzt werden musste und erst später durch Beharrlichkeit und Argumentation akzeptiert und vielleicht sogar geschätzt wurde. Das gilt für National-

parks wie für Windräder, für die Bebauung innerstädtischer Brachen wie für die Reaktivierung von Bahnstrecken, für Kompostierungsanlagen am Stadtrand wie für die Renaturierung und »Entfesselung« ehemals einbetonierter Flüsse. Und nicht weniger Beispiele gibt es dafür, dass ökologisch Unvernünftiges, aber von einer Mehrheit vielleicht Gewolltes durch das repräsentative System und die entsprechende Administration verhindert wurde: von Autoteststrecken in Naturschutzgebieten über die Erdgasförderung in Räumen der Grundwassergewinnung oder das »Zupflastern« unserer Küsten mit Kraftwerken auf Importkohlebasis.

Das sind nicht per se Argumente gegen mehr direkte Demokratie. Im Gegenteil darf man davon ausgehen, dass ein im Durchschnitt hohes Umweltbewusstsein, so wie wir es in Deutschland haben, sich bei der Anwendung direktdemokratischer Verfahren im Regelfall auch in den Entscheidungen entsprechend niederschlägt. Und bei direkten Bürgerentscheiden darf im Nachgang auch mit höherer Akzeptanz gerechnet werden. Aber es muss vor der Illusion gewarnt werden, in jedem Falle führe die Umgehung der repräsentativen Strukturen zu ökologisch besseren Ergebnissen. Bei für Populismus anfälligen Themen bringen Verfahren der direkten Demokratie keineswegs immer vernünftige Ergebnisse hervor. Ein Phänomen, das man vom notwendigen Bau psychiatrischer Einrichtungen oder von Unterkünften für Asylsuchende kennt.

Die Scheidelinie zwischen Gemeinwohl- und Partikularinteressen finden

Zweitens, es ist ein Unterschied, ob jemand beharrlich und in der Sache für das Gemeinwesen und das Gemeinwohl arbeitet, etwa im Rahmen eines kommunalpolitischen Mandats oder eines ehrenamtlichen Engagements in einem Verein, oder ob er sich punktuell gegen etwas engagiert, etwa gegen einen Bebauungsplan, der sich zwar an ökologischen Kriterien orientiert, ihm aber dennoch nicht passt, etwa weil er auf der Brachfläche der geplanten Bebauung heute seinen Hund ausführt. Das letztgenannte Interesse ist natürlich legitim (genauso legitim wie der Kampf gegen ein Windrad, eine Recyclinganlage oder eine Straßenbahntrasse) und insofern auch gar nicht zu kritisieren. Aber wenn der Widerstand gegen ein im Grundsatz vernünftiges Projekt mit hoher Tonalität, hoher Professionalität, aggressivsten »Shitstorms« im Netz und vielen anderen Raffinessen geführt wird und die Politik dann aus Angst vor den gut organisierten »Wutbürgern« und »schlechter Presse« einknickt, stellt sich schon die Frage, ob das im Sinne des öffentlichen Interesses eine wünschenswerte Entwicklung ist.

Um »gute Politik« zu ermöglichen, ist es unerlässlich, zwischen begründbaren und überzeugenden Bürgerinteressen auf der einen Seite und einem

saturierten »Wutbürgertum« zu unterscheiden, das vor allem seine eigenen Interessen im Auge hat, diese aber professionell und mit rhetorischem Geschick als Gemeinwohlinteressen zu deklarieren vermag. Das ist zugegebenermaßen nicht leicht, aber wenn demokratisch legitimierte und diskursive Verfahren durch jeden gut organisierten Sturm der Wut hinweggefegt werden können, wird es in Zukunft immer schwerer, überhaupt noch gute Leute für politische Mandate oder Ämter zu finden, die auch bereit sind, sich durch die weniger spektakulären Seiten des politischen Engagements zu quälen: durch trockene Haushaltspläne, komplizierte Planungsverfahren oder langwierige Abstimmungsprozesse.

Der Appell geht also in beide Richtungen: Jede Bürgerinitiative sollte sich gut überlegen, mit welchen Argumenten und wie sie im öffentlichen Raum agiert, um sachlich zu überzeugen und so Pläne zu verändern oder zu verhindern. Dass da, wo gehobelt wird, auch Späne fallen, ist nicht zu kritisieren, aber bestimmte Formen der Auseinandersetzung sollte man doch besser sein lassen, vor allem solche im Schatten der Anonymität des Internets mit oft hasserfüllter Sprache. Umgekehrt gilt: Jeder politisch und administrativ Verantwortliche sollte und muss letztlich offen sein für Anregungen aus der Bürgergesellschaft, denn hier ist heute eine enorme Kompetenz versammelt, deren Nichtnutzung nicht nur falsch, sondern auch fahrlässig wäre. Vor allem in der Kultur der öffentlichen Verwaltungen muss sich diesbezüglich noch manches verbessern.

Freilich gilt es auch zu erkennen, dass nicht jeder lauthals und aggressiv vorgetragene Einwand stichhaltig oder gar im Sinne des Gemeinwohls ist. Den Rücken gerade zu machen und Falsches auch als falsch zurückzuweisen, kurz: nicht opportunistisch zu sein, scheint mir heute eine der Kardinaltugenden guter Politik zu sein.

Daran, dass solche Eigenschaften in den Rekrutierungsverfahren der politischen Parteien allerdings eine bedeutende Stellung einnehmen, sind Zweifel erlaubt. Wer 20 oder gar 30 Jahre im Parlament sitzt und außer seinem Mandat kaum berufliche Erfahrung und keine wirtschaftliche Perspektive hat, ist ganz und gar abhängig vom Wohlwollen der Parteibasis und von den vermuteten Präferenzen der Wählerschaft der eigenen Partei. Die Orientierung an ebenjener (politischen und faktisch auch wirtschaftlichen) »Basis« setzt natürlich sehr enge Grenzen und begünstigt eine Sichtweise, in der das »Gemeinwohl« und das »Wohl der eigenen Bezugsgruppe« in eins gesetzt werden.¹⁸ Und vor allem: Wer immer nur Parteipolitik gemacht hat, hat eine natürliche (und ihm oder ihr gar nicht einmal vorzuwerfende) Tendenz, sich die Realität entlang ebendieses parteipolitischen Denkens zu rechtzulegen. Wenn der Politikbetrieb nicht inzestuös werden will, müssen die Parteien sich auch für Menschen öffnen, die sich zwar einbringen, aber nicht vollends den Kodizes der parteipolitischen Welt unterwerfen wollen.

Vom Recht auf Delegation: Nicht alle sind immer Citoyens!

Drittens, bei der Gestaltung diskursiver Politikkonzepte, die letztlich immer auf mühsame Konsensfindung zielen, sollte von einem realistischen Menschenbild und von Arbeitsprozessen ausgegangen werden, die auch von »normalen Menschen« geleistet werden können. Unter den euphorischen Befürwortern allumfassender politischer Partizipation gibt es manchmal ein Bild vom Bürger, das nicht viel mit der Realität zu tun hat. Gepriesen wird der Citoyen, der allzeit willens und in der Lage ist, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen, wobei man damit oft sich selbst meint. Er wird scharf abgegrenzt vom Bourgeois, der sich vor allem um seine Alltagsbelange und seine kleinen Vorteile sorgt und den das Gemeinwohl alles in allem nicht sonderlich schert. Auch das Wortspiel von den »Mut-Bürgern« und den »Wut-Bürgern« zielt auf diesen Unterschied.¹⁹

Wenngleich in genannter Unterscheidung durchaus einiges an Wahrheit steckt, so tragen doch die meisten Menschen Elemente beider Typen in sich: Man kümmert sich um Partnerschaft, Kinder, Arbeit, Freunde, Sport und individuelle Interessen und tut auch mal nichts; und zugleich ist man mehr oder weniger politisch interessiert und setzt sich vielleicht (in Verbänden, Initiativen oder Parteien) für bestimmte Dinge ein. Aber dafür, sich ständig in alles einzumischen, fehlt den meisten Menschen die Zeit und die Lust – und man kennt sich naturgemäß auch nicht in allen Fragen gleich gut aus.

Aus diesem Grund delegieren wir auch Dinge, etwa an Abgeordnete, die wir gewählt haben, oder an Verbände, Initiativen oder Organisationen, in denen wir Mitglied sind oder die wir mit Spenden unterstützen, um unsere Verbundenheit mit den dort vertretenen Ideen und Zielen auszudrücken. Es gibt eben auch ein Recht auf Delegation, ohne welches wir in einer unübersichtlichen Welt weitgehend sprachlos wären. Das ist kein Ausdruck von Desinteresse an gesellschaftlichem Engagement, sondern von realistischer Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Kräfte.

Kurzum: Die Erweiterung partizipativer Möglichkeiten im politischen Prozess soll das repräsentative System nicht ersetzen, sondern ergänzen. Bei aller Unterstützung und Förderung von mehr Bürgerbeteiligung muss klar sein, dass diese überwiegend ein bestimmtes Segment der Gesellschaft anzieht, nämlich den gebildeten, artikulationsfähigen und mit den notwendigen zeitlichen Ressourcen ausgestatteten Bürger. Er ist gewissermaßen die Hefe im Teig der Gesellschaft und wird mehr denn je gebraucht. Er ist es auch, der am ehesten dem übermächtigen Einfluss ökonomischer Interessen die Stirn bieten kann, die ansonsten in den Parlamenten allzu oft auf dunklen Lobbypfaden ans Ziel gelangen. Am Ende des Prozesses

jedoch müssen Entscheidungen auf ein breiteres Fundament gestellt und alle Bevölkerungsgruppen beteiligt werden. Die Orte dafür sind unsere Parlamente, die sich freilich – siehe oben – deutlich öffnen und transparenter werden müssen.

Nachhaltigkeit braucht Verfassungsrang und Institutionen der Langfristorientierung

Parlamente, die von starken Bürgerbewegungen ergänzt und unterstützt werden, sind die beste Versicherung gegen Lobbyismus und Partikularismus, vor allem gegen die ohnehin schon starke Dominanz von Wirtschaftsinteressen. Wenn heute gelegentlich von einer »Demokratisierung der Demokratie« die Rede ist, dann heißt das eben mindestens zweierlei: Stärkung der Parlamente und Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger.

Ein Weiteres muss nach meiner Einschätzung aber hinzukommen: das Erheben von »Oberzielen« wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Verfassungsrang²⁰ sowie die Einrichtung von Institutionen der Langzeitorientierung, ob man sie nun »Zukunftskammern« oder »Ökologische Räte« nennt.²¹ Ersteres würde den notwendigen Auseinandersetzungen über umweltpolitische Strategien »ökologische Leitplanken« geben, außerhalb derer sich niemand bewegen dürfte, ganz gleich, ob er sich für mehr Staat, mehr Markt oder mehr gesellschaftliche Selbststeuerung (etwa der Gemeinschaftsgüter)²² einsetzt. Zweiteres würde sicherstellen, dass es einen »Wächter« über die Einhaltung dieses Verfassungszieles gäbe, der darauf pocht, dass Langzeitinteressen gegenüber den tagespolitischen Kurzzeitinteressen angemessen zur Geltung gebracht werden.

Die Einrichtung einer solchen »Dritten Kammer«, ihr Design und ihre Besetzung, ist allerdings demokratietheoretisch kein triviales Problem. Dieses kann hier nicht weiter vertieft werden. Aber dass das repräsentative Politiksystem nicht nur um partizipative Elemente, sondern auch um langzeitorientierte Institutionen und eine verfassungsrechtliche Absicherung der Nachhaltigkeit ergänzt werden sollte, scheint mir angesichts der ökologischen Herausforderungen ein äußerst vernünftiger Weg zu sein. Der Streit darüber lohnt sich politisch auf alle Fälle.

Wenn die Gleichungen der Ökologie aufgehen und wir als Industriegesellschaften unseren stofflichen und energetischen Grundumsatz und den Ausstoß klimaverändernder Spurengase während der nächsten drei bis vier Dekaden wirklich um einen Faktor 10 reduzieren müssen, dann ist das mit den auf permanentes Wachstum ausgerichteten politischen Arrangements und Institutionen von heute nicht zu machen. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als den Ausgang in eine vom Wachstumszwang befreite

Gesellschaft zu finden,²³ wenn es dafür nicht bereits zu spät ist.²⁴ Der Verzicht darauf, diesen Ausgang zu suchen, wird mit allergrößter Wahrscheinlichkeit in Krisen münden, wie wir sie uns noch gar nicht vorstellen können. Das, was wir heute mit unserem Verständnis von Freiheit unbedingt vermeiden wollen, nämlich gezwungen zu werden, bestimmte Dinge zu tun oder zu unterlassen, würde uns dann durch die »Umstände« widerfahren, die wir selbst erzeugt haben. Vielleicht haben wir noch die Wahl!

Referenzen:

- ¹ Für Anregungen und Hinweise danke ich Judith C. Enders (Berlin), Edo Luebbing (Bremen), Roland Schaeffer (Hamburg), Reinhard Ueberhorst (Elmshorn) und Harald Welzer (Berlin).
- ² **Loske, Reinhard**, Die Politische Ökologie der Infrastrukturen, in: **Loske, Reinhard, Roland Schaeffer (Hrsg.)**, Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung, Metropolis, Marburg 2005, S. 23–44.
- ³ **Radkau, Joachim**, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, C.H. Beck, München 2011. **McNeill, John R.**, Something New Under the Sun. An Environmental History of the Twentieth-Century World, W.W. Norton & Company, New York, London 2000.
- ⁴ **Loske, Reinhard**, Klasse statt Masse. Eine zukunftsfähige Wirtschaft braucht eine bessere Infrastruktur, in: GAIA 1996 (2), S. 71–85.
- ⁵ **Hennicke, Peter**, Die Energiewende ist möglich, S. Fischer, Frankfurt/M. 1985.
- ⁶ **Bechmann, Arnim**, Landbauwende: Gesunde Landwirtschaft, gesunde Ernährung. Vorschläge für eine neue Agrarpolitik, S. Fischer, Frankfurt/M. 1987.
- ⁷ **Hesse, Markus**, Verkehrswende. Ökonomisch-ökologische Perspektiven für Stadt und Region, Metropolis, Marburg 1993.
- ⁸ **Kluge, Thomas, Engelbert Schramm, Aicha Vack**, Wasserwende, Piper, München, Zürich 1995.
- ⁹ **Weizsäcker, Ernst Ulrich, Amory Lovins, Hunter Lovins**, Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, Droemer Knauer, München 1995; **ders. u.a.**, Faktor 5. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, Droemer Knauer, München 2010.
- ¹⁰ **Scheer, Hermann**, Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, Kunstmann, München 1999.
- ¹¹ **Braungart, Michael, William McDonough**, Einfach intelligent produzieren. Gebrauchsanweisungen für das 21. Jahrhundert, Berliner Taschenbuch Verlag, Berlin 2003.
- ¹² **Loske, Reinhard**, Die Dichte als Chance. Ein Essay zu den Konturen zukunftsfähiger Stadtentwicklung, in: Raumforschung und Raumordnung 1996 (54), S. 98–102.
- ¹³ Für die Bundesrepublik ist folgende Studie hervorzuheben: **Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.)**, Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Birkhäuser Verlag, Basel, Berlin, Boston 1996.
- ¹⁴ **Loske, Reinhard**, Die Grünen als Umweltpartei – Anspruch verpflichtet, in: **Gabriel, Sigmar (Hrsg.)**, Die Umweltmacher. 20 Jahre BMU. Geschichte und Zukunft der Umweltpolitik, Hoffmann und Campe, Hamburg 2006, S. 133–144.
- ¹⁵ **Rosenkranz, Gerd**, Das sabotierte Jahrhundertprojekt. Wie die Bundesregierung die Energiewende hintertreibt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2012 (11), S. 101–110; **Loske, Reinhard**, Alles anders nach Fukushima?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2011 (4), S. 5–7.

- ¹⁶ **Eppler, Erhard**, Vom Umgang mit der Technik, in: *Der Spiegel*, 1987 (22), S. 50–51. Dies ist ein bemerkenswert früher und weitsichtiger Text zu dieser Frage.
- ¹⁷ **Ueberhorst, Reinhard**, Gesellschaftliche Politikfähigkeit und diskursive Politik – Ziele und Entwicklungsaufgaben, in: **Plate, Georg (Hrsg.)**, *Forschung für die Wirtschaft*. Shaker Verlag, Aachen 2011, S. 173–194.
- ¹⁸ Zu diesem Thema lohnt immer wieder die Lektüre von **Weber, Max**, *Politik als Beruf*, Reclam, Stuttgart 1992.
- ¹⁹ **Leggewie, Claus**, *Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie*, Edition Koerber-Stiftung, Hamburg 2011.
- ²⁰ **Loske, Reinhard**, Notizen zur Ökologie in der Verfassung, in: **Guggenberger, Bernd, Andreas Meier (Hrsg.)**, *Der Souverän auf der Nebenbühne*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994, S. 249–254; aktuell hierzu: **Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen/WBGU (Hrsg.)**, *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin 2011, S. 219 ff.; zur Kritik am WBGU: **Ueberhorst, Reinhard**, Brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag für unsere gesellschaftliche Politikfähigkeit?, in: **Plate, Georg (Hrsg.)**, *Forschung für die Wirtschaft* 2012, Cuvillier, Göttingen 2012, S. 287–314.
- ²¹ **Leggewie, Claus**, *Mut statt Wut*, a.a.O.
- ²² **Helfrich, Silke**, *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Staat und Markt*, transcript-Verlag, Bielefeld 2011.
- ²³ **Loske, Reinhard**, *Wie weiter mit der Wachstumsfrage?* Basiliken-Presse, Rangsdorf 2012; **Jackson, Tim**, *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, oekom verlag, München 2013; **Felber, Christian**, *Gemeinwohlökonomie*, Deuticke-Verlag, Wien 2010.
- ²⁴ Grüne Industrie ist reine Phantasie. Interview mit **Dennis Meadows**, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.12.2012, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/dennis-meadows-im-gespraech-gruene-industrie-ist-reine-phantasie-faz-11980763-b1.html> (zuletzt abgerufen am 29.03.2013).

Über den Autor:

Dr. **Reinhard Loske** ist Diplom-Volkswirt und Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Er war Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen (2007–2011) und zuvor Mitglied des Deutschen Bundestages (1998–2007). Darüber hinaus war er als Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie tätig (1992–1998), dort unter anderem als Leiter der Forschungsgruppe »Zukunftsfähiges Deutschland« und als Projektleiter für Klimapolitik. Er ist zudem Träger des »Adam-Smith-Preises für marktwirtschaftliche Umweltpolitik« des Forums für ökologisch-soziale Marktwirtschaft 2008.